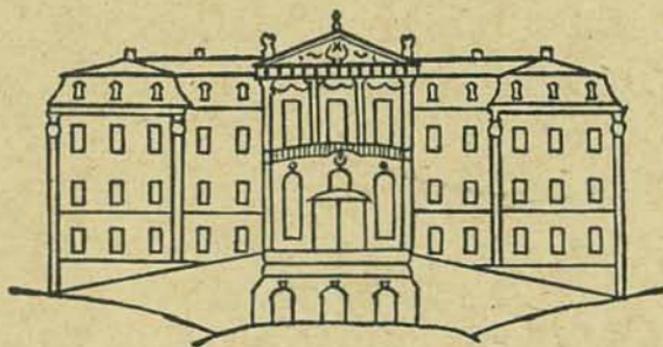


Hefte aus Burgscheidungen

Gertrud Illing

**Das Wiedererstehen
des deutschen Imperialismus im Bonner Staat
und die Rolle der Adenauer-CDU**



60

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Gertrud Illing

**Das Wiedererstehen
des deutschen Imperialismus im Bonner Staat
und die Rolle der Adenauer-CDU**

60

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Inhalt

Einleitung	5
1. Die allgemeinen Merkmale des Imperialismus	6
2. Die historischen Besonderheiten des deutschen Imperialismus als Grundlage seiner besonderen Aggressivität	10
3. Die Restaurierung des westdeutschen Monopolkapitals mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte	13
4. Die Adenauer-CDU/CSU und das Monopolkapital	17
5. Die Lage der werktätigen Bevölkerung	24
6. Der westdeutsche Imperialismus als Kriegstreiber Nr. 1	29
Schlußbetrachtung	34

Einleitung

„Nichts Bess'eres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen, als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen!“

Wie treffend kennzeichnete der große Menschenkenner Goethe mit diesen wenigen Worten die politisch indifferente Mentalität des Spießbürgertums seiner Zeit! — Aber trifft diese Charakteristik nicht auch heute noch für weite Kreise des Bürgertums in Westdeutschland zu? Haben wir deshalb nicht die dreifache Verpflichtung — als Menschen, als Deutsche und als Christen —, zu unserem Teile dafür zu sorgen, daß „Krieg und Kriegsgeschrei“ endlich aus der Welt verschwinden und nicht mehr Gegenstand eines „Sonn- und Feiertagsgesprächs“ saturierter Bürger ist?

Deshalb müssen wir Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die den Ausweg aus dem Teufelskreis von Imperialismus, Krise und Krieg gefunden haben, immer wieder mahnend und warnend unsere Stimme erheben und die Gefahr, die wir klar erkannt haben, auch denen klarmachen, die noch immer ihre Augen davor verschließen. Zweimal ist Deutschland in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts Ausgangspunkt und Brandherd verheerender Kriege gewesen, und schon rüsten die gleichen Kreise, die die Schuld an dem Tode von Millionen tragen, zu einem dritten Weltkrieg.

Dem Expansionsstreben des deutschen Monopolkapitals, dessen Befriedigung mit dem Blut von mehr als 60 Millionen Toten in den beiden Weltkriegen nicht erkaufte werden konnte, soll jetzt unter anderen und — wie die deutschen Konzernherren vom Schlage eines Krupp, Thyssen, Abs, Pferdmeines usw. meinen — günstigeren Vorzeichen im Ergebnis eines dritten Weltkrieges der ersehnte „Platz an der Sonne“ beschieden sein. Uns Christen empört diese Tatsache vor allem auch deswegen, weil diese Bestrebungen dieses Mal christlich getarnt werden: für das sehr irdische Macht- und Profitstreben der deutschen Imperialisten wird der christliche Glaube als Deckmantel mißbraucht!

Jene Kreise also, die — wie es im offiziösen Bonner Sprachgebrauch in vorsichtiger Umschreibung heißt — „die Vergangenheit nicht bewältigt haben“, fassen heute die vom kaiserlichen Deutschland und vom Faschismus angestrebten Ziele erneut ins Auge und rechnen dabei auf die Unterstützung eines Teiles ihrer Gegner von gestern und vorgestern. Eines aber haben sie bei dieser Rechnung außer Ansatz gelassen: die Volksmassen, die nicht gewillt sind, sich ein drittes Mal in das Inferno eines Krieges treiben zu lassen!

Die Kräfte des Friedens, die sich in Westdeutschland ebenso wie in den anderen imperialistischen Staaten den zum Kriege treibenden Mächten entgegenstellen und sich zum Prinzip der

friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung bekennen, sind trotz des gegen sie gerichteten Regierungsterrors stärker geworden. Insbesondere aber die seit 1945 sich ständig vollziehende Festigung des sozialistischen Lagers unter der Führung der Sowjetunion und der immer mehr um sich greifende Zerfall des Kolonialsystems. Diese beiden wichtigen Kennzeichen der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus haben die Positionen des Weltimperialismus bereits weitgehend untergraben.

Damit ist allerdings seine Gefährlichkeit noch nicht völlig ausgeschaltet. Immer und immer wieder versucht er, sogenannte „kleine“ Kriege zu entfachen, wie erst in jüngster Zeit die Beispiele von Laos und Kuba bewiesen. „Solange der Imperialismus besteht, bleibt auch der Boden für aggressive Kriege erhalten“, sagte Walter Ulbricht auf der 11. Tagung des ZK der SED in der Stellungnahme zur Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Damit ist die Aufgabe für alle friedliebenden Menschen — ganz gleichgültig, welcher Nation oder Weltanschauung — gestellt: den Imperialismus überall noch weiter zurückzudrängen, um ihn letzten Endes zu beseitigen.

Vor uns Deutschen in beiden deutschen Staaten steht diese Aufgabe in erhöhtem Maße angesichts der besonderen Gefährlichkeit des westdeutschen Imperialismus und seines Verbündeten und Werkzeugs, des deutschen Militarismus, deren Politik nicht nur das Leben des deutschen Volkes gefährdet, sondern eine ständig wachsende Bedrohung des friedlichen Zusammenlebens aller Völker darstellt.

1. Die allgemeinen Merkmale des Imperialismus

In seinem Werk „Der Imperialismus — das höchste Stadium des Kapitalismus“ kennzeichnet Lenin den Imperialismus als „faulenden, parasitären, sterbenden, staatsmonopolistischen Kapitalismus“ und analysiert diese Endphase des Kapitalismus nach ihren charakteristischen Merkmalen.

Das entscheidende ökonomische Wesensmerkmal für den Übergang des vormonopolistischen Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus ist die Entstehung von Monopolen auf der Grundlage einer hohen Konzentration der Produktion und des Kapitals. Die Sprengung der feudalen Fesseln durch die bürgerlichen Revolutionen des 16. bis 18. Jahrhunderts und im Gefolge der industriellen Revolution hatte zu außerordentlich schneller Entfaltung der Produktivkräfte in der fortschrittlichen Epoche des Kapitalismus geführt. In dieser gesetzmäßigen Entwicklung aber, die bereits Karl Marx in seiner Akkumulations-Theorie erläuterte, liegen schon die Keime des Imperialismus, da sie zur Bildung von Großbetrieben drängt.

In Deutschland vollzog sich dieser historische Prozeß wesentlich später als in den ökonomisch damals weiter fortgeschrittenen Ländern, d. h. in der Hauptsache erst nach der Bismarckschen Reichsgründung. Aus diesem Umstand leiten sich z. T. die spezifischen Eigenschaften des deutschen Imperialismus ab, auf die später noch einzugehen sein wird.

„Das Monopol ist das letzte Wort der ‚jüngsten Phase in der Entwicklung des Kapitalismus‘. Doch würde unsere Vorstellung von der tatsächlichen Macht und Bedeutung der modernen Monopole höchst ungenügend, lückenhaft und verkleinert sein, wenn wir die Rolle der Banken außer acht ließen.“¹ Die Banken, die in der ersten Etappe der kapitalistischen Entwicklung vorwiegend die Rolle von Zahlungsvermittlern gespielt hatten, wachsen nun ebenfalls zu gewaltigen Monopolinstituten heran, je mehr die starke Zusammenballung des gesellschaftlichen Kapitals voranschreitet. Die Verschmelzung von Industriekapital und Bankkapital zum Finanzkapital, die Entstehung der Finanzoligarchie vollzieht sich in erster Linie als „Personalunion“ der Banken mit der Industrie. Industriemonopole und Großbanken wachsen zusammen, da die Großbanken mit Hilfe des Kreditsystems und der Aktienmehrheit große Industriebetriebe in ihre Abhängigkeit bringen und andererseits eine Angliederung von Banken an Industriemonopole erfolgt.

Das in diesem Verschmelzungsprozeß entstandene Finanzkapital verschafft sich durch die Übertragung von Aufsichtsratsposten an Mitglieder der Regierung und durch den Eintritt von Regierungsmitgliedern in die Aufsichtsräte der Monopole aber auch weitestgehenden Einfluß auf die Politik der imperialistischen Staaten, so daß diese nun von den Interessen des Monopolkapitals zum Schaden des Volksganzen bestimmt wird. In besonders drastischer Weise zeigt sich diese enge Verbindung von Monopolkapital und Staatsmacht in den USA, wo „die Inhaber der größten Monopole und Firmen, die Eigentümer der Produktionsmittel und Banken die gesamte gesetzgebende und exekutive Macht unmittelbar in ihren Händen halten.“² Aber auch das Beispiel der „Dynastie Adenauer“ beweist, daß die Herrschaft der Finanzoligarchie für die westdeutsche Gegenwart ebenso Wirklichkeit ist, wie sie es in der deutschen Vergangenheit war.

Da die wachsende Verelendung der Massen, die die Kehrseite der Anhäufung des gesellschaftlichen Reichtums in wenigen Händen darstellt, die Verwertungsmöglichkeiten des sogenannten „Kapitalüberschusses“ im eigenen Lande immer mehr einengt, gewinnt der Kapitalexport als weiteres ökonomisches

1 Lenin, W. I., Der Imperialismus — das höchste Stadium des Kapitalismus, S. 33 ff.

2 Die Monopole und der Staat der USA. Aus: Mitteilungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Abt. für Ökonomie und Recht, Heft Nr. 2, 1950, russ., zit. in: Der Imperialismus — das höchste Stadium d. Kapitalismus (Lehrhefte f. d. Fernstudium der Deutschen Verwaltungskademie „Walter Ulbricht“, Heft 4, S. 35).

Merkmal des Imperialismus zunehmende Bedeutung. Während im Kapitalismus der freien Konkurrenz die Warenausfuhr an erster Stelle stand, muß diese nun im Zeichen des Imperialismus die Vorrangstellung dem Kapitalexport überlassen, wenn auch im allgemeinen eine absolute Steigerung des Warenexports in Verbindung mit dem Kapitalexport erfolgt. Es sei hier nur auf die vielfach mit der Gewährung von Anleihen als einer Form des Kapitalexports verbundene Verpflichtung hingewiesen, zumindest einen Teil der Anleihe zum Ankauf von Waren in dem kreditgebenden Land zu verwenden, wie dies z. B. im Marshall-Plan und bei den Rüstungskrediten der USA zum Ausdruck kommt.

Die zweite Form des Kapitalexports in wirtschaftlich schwach entwickelte Länder als Produktionskapital sichert den Export der Monopole durch die dort gegebenen Möglichkeiten der billigeren Rohstoffquellen, der niedrigeren Löhne und Bodenpreise.

Beide Formen des Kapitalexports führen zu ökonomischer und politischer Abhängigkeit der wirtschaftlich schwächeren Länder und zu einem erbitterten Konkurrenzkampf der rivalisierenden imperialistischen Monopole. Allerdings zwingt in der Gegenwart das Bestehen des sozialistischen Weltsystems und insbesondere die uneigennützigste Hilfe, die vornehmlich die Sowjetunion, aber auch die volksdemokratischen Länder einschließlich unserer Republik den wirtschaftlich noch schwachen Völkern gewähren, auch die imperialistischen Großmächte zu gewissen Konzessionen.

Die kapitalistischen Entwicklungsgesetze, die in den einzelnen kapitalistischen Ländern zur Herausbildung der Monopole führten, bewirken auf einer höheren Entwicklungsstufe auch die Entstehung internationaler Monopolverbände. Der Konkurrenzkampf der Monopole untereinander führt dazu, daß die Monopole, denen die Grenzen des nationalen Marktes zu eng geworden sind, schließlich durch internationale Vereinbarungen die Welt in Einflußsphären aufteilen, allerdings nicht als Ausdruck einer friedlichen Zusammenarbeit, sondern als Ergebnis eines erbitterten Kampfes. Da die Grundlage dieser Aufteilung der Welt das jeweilige Kräfteverhältnis ist, muß zwangsläufig jede Veränderung dieses Kräfteverhältnisses der Ausgangspunkt neuer Auseinandersetzungen sein.

Die Rolle der deutschen Monopolkapitalisten in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ist ein überzeugendes Beispiel dafür, wie der deutsche Imperialismus mit Hilfe solcher internationaler Kartellverträge seine durch den Ausgang des ersten Weltkrieges vorübergehend erschütterte Position auf dem Weltmarkt wieder festigte und erweiterte.

Welches Ziel die deutschen Imperialisten bereits vor dem ersten Weltkrieg verfolgten, wurde 1911 schon von Hugo Stinnes, der als Inflationsgewinnler bekanntlich die größte Notzeit

des deutschen Volkes zum Aufbau des damals größten deutschen Konzerns benutzte, mit seltener Offenheit ausgesprochen. Allerdings waren es Männer der gleichen Gesinnung, vor denen er seine Pläne darlegte, nämlich führende Mitglieder des „Alldeutschen Verbandes“, jenes berüchtigten Vorläufers des Faschismus:

„Und sehen Sie, was es heißt, wenn ich mir langsam aber sicher die Aktienmehrheit von dem oder jenem Unternehmen erwerbe, wenn ich nach und nach immer mehr die Kohlenversorgung Italiens an mich bringe, wenn ich in Schweden und Spanien wegen der notwendigen Erze unauffällig Fuß fasse, ja, mich in der Normandie festsetze, — lassen Sie noch drei bis vier Jahre ruhiger Entwicklung, und Deutschland ist der unbestrittene wirtschaftliche Herr in Europa . . . Also drei oder vier Jahre, und ich, ich sichere die deutsche Vorherrschaft in Europa im stillen.“³

Wie skrupellos diese Geschäftemacher vorgehen, mögen einige andere Beispiele noch zeigen.

Die gleichen Leute, die durch die von ihnen beherrschte Presse, durch Rundfunk, Film und Fernsehen die Meinungsbildung der Bevölkerung in den imperialistischen Staaten entscheidend beeinflussen und den getäuschten Völkern vorspiegeln, daß die von der Hochfinanz entfesselten Kriege zur Verteidigung der nationalen Interessen ihres Landes geführt werden, machen mit dem Tode von Millionen ein großes Geschäft. Der deutsche „Kanonenkönig“ Krupp von Bohlen und Halbach, der nachmalige intime Freund Hitlers, forderte von der englischen Waffenfirma Vickers-Armstrong für jede der 123 Millionen Granaten mit Krupp-Zündern, die auf deutsche Soldaten abgeschossen worden waren, eine Lizenzgebühr von einem Schilling aufgrund des an die englische Firma verkauften Granatzünderpatents. Der gleiche Krupp machte sich bekanntlich auch kein Gewissen daraus, seine Waffen an Frankreich zu verkaufen, während die ebenfalls in seinem Solde stehende, in „Patriotismus“ machende Propagandamaschine dem deutschen Volke die Mär vom „Erbfeind“ Frankreich einhämmerte und selbst die Jugend in den Schulen zum Haß gegen diesen erzogen wurde.

Ebenso erhielt die IG-Farben Lizenzgutschriften für jede Fliegerbombe, die während des zweiten Weltkrieges über den deutschen Städten abgeworfen wurde, da sie der amerikanischen Rüstungsindustrie das Patent auf den dabei verwendeten hochexplosiven Sprengstoff überlassen hatten.⁴

Die neue Qualität, die der Imperialismus jetzt als vorwiegend staatsmonopolistischer Kapitalismus angenommen hat, zeigt sich

3 Dokumentation der Zeit, Heft 7/8 — 1950, zit. nach: Lehrhefte für das Fernstudium der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“, Heft 14, S. 49.

4 Vgl. hierzu: Lehrhefte für das Fernstudium der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“, Heft 14, S. 49/50.

gegenwärtig am deutlichsten am Beispiel der Montan-Union. Hier wurde durch den Zusammenschluß der stahl- und kohleerzeugenden Länder als supranationale Monopolorganisation nach einem Ausspruch von Otto Nuschke das größte Rüstungskombinat geschaffen, das jemals in Europa existiert hat.

Der Kampf der Monopole um die Aufteilung der Erde in Einflußsphären vollzieht sich nicht nur in ökonomischen Formen. Da, wie Lenin in seiner grundlegenden Arbeit feststellte, um 1900 die territoriale Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Großmächte im wesentlichen beendet, der Appetit der nach ihrer Meinung dabei Benachteiligten aber durchaus nicht gestillt ist, wird vor allem von ihnen kategorisch die Forderung nach einer Neuaufteilung der Welt erhoben, während die „alten“ imperialistischen Mächte ihrerseits bereit sind, zur Erhaltung und – falls möglich – Erweiterung ihrer angeblichen „Besitzrechte“ die Waffen sprechen zu lassen. Mit Gewalt erworben und mit Gewalt behauptet – das ist das Charakteristikum der modernen Imperien, so daß wir im imperialistischen Krieg den schärfsten Ausdruck des Konkurrenzkampfes der internationalen Monopole untereinander erkennen müssen.

2. Die historischen Besonderheiten des deutschen Imperialismus als Grundlage seiner besonderen Aggressivität

Die Wirksamkeit des objektiven Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung im Kapitalismus wird besonders deutlich erkennbar am Beispiel des deutschen Imperialismus und in dessen Hegemoniestreben seit seinem Entstehen bis in unsere Tage.

Der Eintritt Deutschlands in die Reihe der imperialistischen Großmächte erfolgte erst verhältnismäßig spät. Obwohl in der deutschen Industrie sich schon früher Tendenzen zur Bildung von Großbetrieben gezeigt hatten, gaben doch erst das Einströmen des „Milliardensegens“ und die Annexion Elsaß-Lothringens, welche die deutsche Rohstoffbasis durch die lothringischen Erz- und Kalilager wesentlich erweiterte, dieser Entwicklung zum Monopol einen bedeutenden Auftrieb.

Die Lösung der nationalen Frage in Deutschland durch Bismarcks „Blut-und-Eisen“-Politik war das Ergebnis eines siegreichen Eroberungskrieges. Dieser Umstand festigte das schon in der bürgerlichen Revolution von 1848 entstandene Klassenbündnis von Großbourgeoisie und Junkertum. Das Junkertum in Preußen aber war von je der Träger der sogenannten „preussischen Traditionen“, d. h. einer äußerst reaktionären Einstellung und eines hemmungslosen Expansionsdranges gewesen. Die Großbourgeoisie durfte also von ihm mit Recht Unterstützung und Förderung ihrer auf Erweiterung ihres Machtbereiches nach außen und Unterdrückung der erstarkenden Arbeiterklasse nach innen gerichteten Politik erhoffen – eine Erwartung,

die durch Bismarcks Politik vollkommen befriedigt wurde. Die enge Verbindung mit dem preußisch-deutschen Militarismus brachte ihr außerdem durch die von ihm forcierte Aufrüstung noch geschäftliche Vorteile.

Die 5 Milliarden Goldfrancs der „Kriegsentschädigung“, die größtenteils der deutschen Wirtschaft zuflossen, gaben dieser die Möglichkeit, ihre Betriebe auf den Stand der neuesten Technik zu bringen und so den alten Industrieländern auf dem Weltmarkt erfolgreich Konkurrenz zu machen. Gefördert wurde das Gelingen dieser wirtschaftlichen Expansion durch das fachliche Können und Geschick der deutschen Arbeiter. Als drittes Moment kam der außerordentlich hohe Ausbeutungsgrad in Deutschland dazu, der es den Großbetrieben gestattete, trotz Unterbietung der Weltmarktpreise auf Kosten der deutschen Arbeiter in stärkstem Maße zu akkumulieren und damit verhältnismäßig schnell zur Monopolbildung zu gelangen.

Allerdings waren dem weiteren Vordringen der deutschen Imperialisten Grenzen gesetzt, da die „ertragreichsten“ Territorien der Erde sich bereits in festen Händen befanden. Ihr Streben ging also dahin, durch eine Neuaufteilung der politischen und wirtschaftlichen Einflußgebiete auch dort Fuß zu fassen, wobei sich ihr Blick ganz besonders auf den Nahen und Fernen Osten richtete. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Beteiligung Deutschlands an dem Feldzug der imperialistischen Großmächte gegen die nationalchinesische Ihotwan-Bewegung zu verstehen. Dieser Krieg der europäischen Staaten gegen China, der Wilhelm II. Anlaß zu seiner berüchtigten „Hunnenrede“ gab, zeigte den engen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik des Imperialismus besonders deutlich. Das „potentiell größte Profitreservoir, das die Welt je gekannt hat“, das China nach einer von Lenin zitierten Äußerung⁵ in den Augen der Imperialisten war; erweckte den Appetit des jungen, „wegen seiner historischen Verspätung besonders aggressiven imperialistischen Emporkömmlings“⁶ in besonders hohem Maße. Allerdings entsprach dann der Erfolg nicht den hochgespannten Erwartungen, denn gerade hier entzündete sich der heftigste Konkurrenzkampf des internationalen Monopolkapitals.

1914 entfesselten die deutschen Imperialisten den ersten Weltkrieg – wobei selbstverständlich die Mitschuld der übrigen imperialistischen Mächte, England, Frankreich und Rußland, ebenfalls in Ansatz gebracht werden muß –, um mit Hilfe der gewaltigsten Militärmaschine der Welt die erstrebte Weltherrschaft zu erringen. Als dieser Versuch fehlschlug, galt es für das deutsche Monopolkapital, sich eine günstigere politische Ausgangsbasis zu schaffen, als es das kaiserliche Deutschland gewesen war, das mit den Rudimenten absolutistischer Vergan-

⁵ Lenin a. a. O., S. 91.

⁶ Klein, Fr., Zur China-Politik des deutschen Imperialismus im Jahr 1900, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4/1960, S. 819.

genheit belastet, unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im November 1918 zerbrach.

Zunächst aber mußten die deutschen Monopolisten bestrebt sein, ihre ökonomische Macht wiederherzustellen und zu festigen. So wurde die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zur Ära der verstärkten Monopolbildung in Deutschland, die vor allem durch das Eindringen ausländischen, insbesondere amerikanischen, Kapitals gefördert wurde. Während in den zwanziger Jahren fast täglich Hunderte von kleinen und mittleren Betrieben ihre Pforten schließen mußten und die „industrielle Reservearmee des Kapitalismus“ zu einem Millionenheer anwuchs, bildete sich der IG-Farben-Konzern, bauten Männer wie Thyssen, Kirdorf, Stinnes, um nur einige wenige zu nennen, ihre Konzerne weiter aus.

Es ist das „Verdienst“ der rechten, von Revisionismus und Opportunismus versuchten SPD-Führung, ihnen diese Möglichkeiten gegeben zu haben. Während sie von der Sozialisierung redete, verstand sie es, eine echte Sozialisierung, nämlich die Überführung der Produktionsmittel in Volkseigentum, zu verhindern. Wie wenig ernst es ihr mit der Sozialisierung war, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß „die Konzentrationsgedanken Rathenaus von Stinnes, dem einflußreichsten Sachverständigen der Sozialisierungskommission (!), und anderen Wirtschaftsführern, gleichsam um dem Sozialisierungswerke den Wind aus den Segeln zu nehmen und es zu durchkreuzen, auf allen Gebieten der Industrie und des Handels erfolgreich ins Werk gesetzt wurden, ein Beweis, daß diese Gedanken weniger sozialistisch als privatwirtschaftlich vorteilhaft und zeitgemäß waren“.⁷ Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die sogenannte „Sozialisierungskommission“ als Deckmantel für die „Konzentrationsgedanken“ (lies: Monopolisierungsbestrebungen) Rathenaus gegenüber den getäuschten Arbeitern dienen sollte, um diese von weiteren revolutionären Schritten abzuhalten.

Die Erhaltung und Erweiterung ihrer ökonomischen Machtstellung in der Zeit der Weimarer Republik ermöglichte es den Industriemagnaten und reaktionären Großgrundbesitzern, sich mit Hilfe bedeutender finanzieller Zuwendungen in Hitler und seiner NSDAP ein gefügiges Instrument für ihre verbrecherischen Pläne zu schaffen. Als sie durch das Anwachsen der KPD zu einer Millionenbewegung und den Stimmenschwund der Nazi-partei ihre Stellung ernsthaft bedroht sahen und sie den Fortschritten der Arbeiterbewegung nicht mehr mit den üblichen Methoden der parlamentarischen Demokratie, d. h. der versteckten großbürgerlichen Diktatur Einhalt gebieten konnten, errichteten sie mit der von ihnen in die Wege geleiteten „Machtübernahme“ Hitlers ihre offene terroristische Diktatur.

⁷ Westhoff, Dr. Emil, System des Wirtschaftsrechts, Bd. I: Wesen und Grundlagen, Leipzig 1926, S. 30.

In ihrem Interesse „schuf“ Hitler das „Großdeutsche Reich“, begann er den zweiten Weltkrieg und unterwarf fast ganz Europa der Ausplünderung und Ausbeutung durch die deutschen Imperialisten. In ihrem Interesse griff er nach Afrika, um ein den ganzen Schwarzen Kontinent durchquerendes deutsches Kolonialreich zu schaffen. Damit sahen sie ihre kühnsten Erwartungen erfüllt, und sie glaubten den Zeitpunkt gekommen, nun auch den einzigen sozialistischen Staat, der ihnen noch im Wege war, vernichten zu können, um das einst von Stinnes proklamierte Ziel zu erreichen. So wurde der seit langem geplante und vorbereitete Überfall auf die Sowjetunion durchgeführt und damit der Welt erneut bewiesen, daß Verträge für die deutschen Imperialisten nichts als ein Stück Papier sind, das zerrissen wird, sobald die darin eingegangenen Verpflichtungen ihren Expansionsbestrebungen hinderlich sind — ein wahrhaft klassischer Anschauungsunterricht für die derzeitigen NATO-Verbündeten Westdeutschlands!

Als das Scheitern der gegen die Sowjetunion durchgeführten Operationen, vor allem nach Stalingrad, offensichtlich wurde und die Rote Armee immer größere Gebiete des zeitweilig okkupierten Territoriums befreite, versuchte der deutsche Imperialismus mit der Verschwörung des 20. Juli 1944 eine Anbiederung bei den westlichen Alliierten, um von seiner Macht zu retten, was noch möglich war.⁸ Noch aber wurde die in bestimmten Kreisen der amerikanischen Imperialisten schon damals durchaus vorhandene Bereitschaft, sich mit dem deutschen Imperialismus zu verbinden, durch die bündnistreue Politik Roosevelts gebremst. Zwar wurde schon gleich nach Kriegsende die Durchführung der gemeinsamen Beschlüsse der Konferenzen von Jalta und Teheran, die die Entmachtung des deutschen Monopolkapitals zum Ziele hatten, durch die westlichen Besatzungsmächte in ihren Zonen verzögert, doch gab erst der einige Monate nach Roosevelts Tod einsetzende anti-sowjetische Kurs in der amerikanischen Politik dem deutschen Monopolkapital die Möglichkeit der Restaurierung.⁹

3. Die Restaurierung des westdeutschen Monopolkapitals mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte

Als 1945 der Faschismus unter den Schlägen der Alliierten zusammengebrochen war, hatte das ganze deutsche Volk eine echte Chance, durch Abkehr von dem bisherigen Wege, der in eine nationale Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes geführt

⁸ vgl. dazu: „Hefte aus Burgscheidungen“ Nr. 19.

⁹ Unmittelbar nach Roosevelts Tod wurde im Weißen Haus eine Konferenz abgehalten, bei der unter Führung von John Foster Dulles die Kursänderung der amerikanischen Politik beschlossen wurde (vgl. dazu: Kleine Dokumentensammlung, hrsg. v. K. Bittel, Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands, 1. Teil 1945—1948, Berlin 1958, S. 12).

hatte, und durch Taten demokratischer Erneuerung in den Kreis der friedliebenden Völker aufgenommen zu werden. Die Grundlage dazu bot das Potsdamer Abkommen, das die wirtschaftliche Einheit Deutschlands garantierte und der deutschen Nation auch den Weg offenließ, wieder zu einer staatlichen Einheit zusammenzuwachsen, sobald die verderblichen Kräfte, die deutschen Faschisten sowie ihre Hintermänner und Auftraggeber, entmachtet waren. Wie das zu geschehen habe, war in Punkt III B 12 des Potsdamer Abkommens konkret festgelegt:

„Die deutsche Wirtschaft ist in praktisch kürzester Frist zu dezentralisieren, damit der bestehenden übermäßigen Konzentration von Wirtschaftsmacht, besonders in der Form von Kartellen, Syndikaten, Trusten und anderen Monopolvereinigungen, ein Ende gemacht wird.“¹⁰

Es bedarf an dieser Stelle keiner eingehenden Erläuterung, in welchem Teile Deutschlands diese Maßnahmen konsequent durchgeführt worden sind. In der damaligen sowjetischen Besatzungszone setzte die führende Kraft des Volkes, die geeinte Arbeiterklasse, die aus dem bisherigen Verlaufe der deutschen Geschichte gewonnenen Erkenntnisse in Taten des Friedens und des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung um. Mit ihr verbunden, wirkten und wirken auch die progressiven Kräfte des Bürgertums an der Erfüllung dieser wahrhaft patriotischen Aufgabe mit.

Wie ganz anders aber verlief unter der Ägide der westlichen Alliierten die Entwicklung in Westdeutschland! Nachdem die verschiedenen wahnsinnigen Teilungspläne, die auf eine völlige Vernichtung Deutschlands abzielten, an dem Veto der Sowjetunion gescheitert waren, führte in den Westzonen der Weg in das andere Extrem: Indem die imperialistischen Besatzungsmächte dem deutschen Imperialismus hilfreiche Unterstützung liehen, wurde Westdeutschland vor den Karren der aggressiven NATO gespannt.

In den ersten Nachkriegsjahren allerdings wurden unter dem Druck der Weltöffentlichkeit auch westdeutsche Monopolherren vor das Gericht der Völker gestellt und verurteilt. Noch konnten die Westmächte, d. h. vor allem die ökonomisch und politisch herrschenden Kreise Amerikas, ihre antidemokratischen Pläne nicht offen verwirklichen. Ihre Politik „wurde durch eine Reihe objektiver Widersprüche beeinflusst, so z. B. einerseits von der engen Verbindung und Verpflichtung zwischen USA- und deutschen Konzernen, der Konkurrenz zwischen ihnen wie auch zwischen anderen USA- und deutschen Industriebetrieben, den Kapitalinvestitionen in der deutschen Industrie usw.; andererseits übten die Völker, besonders der Sowjetunion, durch ihren entscheidenden Anteil im Kampf gegen den Faschismus einen

¹⁰ zit. in Badstübner, Rolf, Reaktionäre Bestrebungen der deutschen Monopolbourgeoisie in Westdeutschland 1945—1947, in: ZfG. 1/1960, S. 43.

bestimmenden Einfluß auf einen demokratischen, gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus gerichteten Frieden aus.“¹¹

Die deutschen Imperialisten indessen verstanden es sehr schnell, aus diesem Dilemma der amerikanischen Politik für sich Kapital zu schlagen. Der Öffentlichkeit wurde durch die sogenannten „Dekartellierungsgesetze“ der englischen, amerikanischen und französischen Besatzungsmächte Sand in die Augen gestreut: einige der am stärksten belasteten Monopolverbände wurden formal aufgelöst, ohne daß der monopolistische Charakter der dadurch entstandenen Großbetriebe im geringsten angetastet wurde. Auch die vertikale Verbindung der einzelnen Betriebe bestand weiter, da der Aktienbesitz ebenfalls in den Händen der alten Herren verblieb.

Durch diese Verschleierungstaktik der sogenannten Konzernentflechtung, die sich unter den Augen und mit Billigung der westlichen Besatzungsbehörden vollzog, gelang es der deutschen Monopolbourgeoisie, ihre ökonomische Machtbasis zu erhalten und dann im Verlauf der letzten zehn Jahre immer stärker auszubauen. Das geschah in einem Maße, die die Vorkriegsentwicklung weit in den Schatten stellt, so daß die Machtkonzentration des Monopolkapitals in Westdeutschland heute einen Grad erreicht hat, der selbst für westeuropäische Verhältnisse ungewöhnlich ist.

Aus der Vielzahl der Beispiele dafür sei hier nur das der IG-Farben herausgegriffen. Auch hier war das Ergebnis der sogenannten „Entflechtung“ die Rekonstruktion der drei großen Stammgesellschaften — der Farbenfabrik Bayer AG Leverkusen, der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik Ludwigshafen und der Farbwerke Hoechst AG — gewesen, die nach wie vor miteinander in enger Verbindung blieben und deren Grundkapital sich laut Geschäftsberichten für das Jahr 1960 auf 2,23 Mrd. DM (einschließlich der beschlossenen Kapitalerhöhungen in Höhe von 163 Mill. DM) beläuft. Das sind 76 % des gesamten Aktienkapitals der westdeutschen chemischen Industrie. Da hierzu noch die Beteiligungen und Investitionen bei anderen chemischen Betrieben kommen, kontrollieren die Nachfolgekonzerne der IG-Farben heute bereits wieder mehr als 90 % des gesamten Aktienkapitals der chemischen Industrie Westdeutschlands. Aber damit nicht genug. Die Monopolstellung in der Produktion zahlreicher Erzeugnisse dehnt den Machtbereich der IG-Farben-Gruppe über die Zulieferbetriebe und den in- und ausländischen Kundenkreis fast ins Ungemessene aus.

Wie hieß es doch in Punkt III B 12 des Potsdamer Abkommens, das auch von dem amerikanischen Präsidenten Truman mitunterzeichnet worden war? „Die deutsche Wirtschaft ist in praktisch kürzester Frist zu dezentralisieren, damit der be-

¹¹ ebenda, S. 45/46.

stehenden übermäßigen Konzentration von Wirtschaftsmacht ... ein Ende gemacht wird“!

Daß bei dem angezogenen Beispiel der IG-Farben nicht von einem Einzelfall die Rede sein kann, zeigt auch die Entwicklung in den Konzernen der Elektro-Industrie und im Berg- und Hüttenwesen, die in ähnlichen Bahnen verlief und im Bereiche der Schwerindustrie in den supranationalen Monopolverband der Montan-Union einmündete.

Die Politik der Westmächte war von Anfang an darauf gerichtet, in Westdeutschland sich eine Basis für den Angriff auf das sozialistische Lager zu schaffen, — getreu der Devise, die der persönliche Berater Trumans, Harry Hopkins, kurz nach der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens in einer Tagebuch-Eintragung zum Ausdruck brachte:

„Es gibt viele Leute in Amerika, die es gern gesehen hätten, wenn unsere Armeen stracks durch Deutschland marschiert wären, um nach der Niederlage Deutschlands Rußland zu bekämpfen.“¹²

Diese Auffassung entsprach aber genau den Intentionen der westdeutschen Großbourgeoisie, wie sie bereits von der Mehrzahl der Verschwörer des 20. Juli 1944 vertreten worden war.

In ähnlicher Weise wie die industriellen Großbetriebe haben sich natürlich auch die eng mit ihnen „versippten“ Großbanken Westdeutschlands aus dem zerschlagenen Hitlerreich in eine für sie bessere Zukunft hinübergerettet. An ihrer Spitze stehen nach wie vor unbestritten die „Großen Drei“ — Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank. Auch in diesem Herrschaftsbereich des Finanzkapitals vollzog sich eine ähnliche Komödie der „Dezentralisation“ wie bei den Industrie-Konzernen. „Unter der Obhut der imperialistischen Besatzungsmächte blieben dem westdeutschen Finanzkapital seine Machtpositionen zunächst einmal reserviert, bis sie zu einem gegebenen Zeitpunkt wieder übergeben werden konnten.“¹³

Diese „Reservate“ waren auf dem Gebiete des Bankwesens die 30 Regionalinstitute der drei Großbanken, die in Ausführung der Gesetze und Anordnungen der westlichen Besatzungsmächte in Westdeutschland entstanden waren. Bei dieser Ausgliederung handelte es sich bereits zu Beginn ihrer Durchführung um eine rein formale Maßnahme, da die „de-facto-Einheit trotz der de-jure-Trennung erhalten blieb“.¹⁴ Sie erfolgte schon damals mit Blickrichtung auf eine spätere Refusionierung, die wenigstens bei der Deutschen und der Dresdner Bank dank der „großzügigen“ Auslegung des Großbankengesetzes von 1952 inzwischen auch erfolgt ist.

12 zit. in: Bittel, Karl, Atlantikpakt oder kollektive Sicherheit für Europa? Berlin 1954, S. 11.

13 Linsel, H., Bankmonopole in Westdeutschland, in: Bankpolitik, Staatshaushalt und Währung in Westdeutschland, Berlin 1956, S. 106.

14 Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt (Main), Heft 6 v. 15. 3. 1957, zit. nach: Bericht Nr. 10 des Deutschen Wirtschaftsinstituts Berlin vom Mai 1958, S. 10.

4. Die Adenauer-CDU/CSU und das Monopolkapital

Die Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte bei der Wiederherstellung des deutschen Imperialismus erschöpfte sich aber nicht in der laschen Handhabung der Gesetze, die — von ihnen selbst erlassen — keine andere Funktion hatte, als in den Augen der Öffentlichkeit die Erfüllung des Potsdamer Abkommens vorzutauschen. Die nachhaltigste und wirksamste Hilfe leisteten sie dem deutschen Monopolkapital durch die Toleranz, mit der sie im Mai/Juni 1945 die Vorbereitungen zur Bildung der CDU in den westlichen Besatzungszonen, zunächst auf örtlicher bzw. Landesgrundlage, duldeten, zu einer Zeit also, als durch die Direktive JCS 1067 noch jede politische Tätigkeit in den westlichen Besatzungszonen verboten war. Damit sollte den bürgerlichen Kräften, wie der Oberbefehlshaber der USA-Besatzungszone Lucius D. Clay in seinen Memoiren offen eingesteht, ein Vorsprung geschaffen werden:

„Die Niederwerfung des Naziregimes . . . ließ einen politischen Hohlraum zurück; er mußte schleunigst mit demokratischer Füllung ausgefüllt werden, um, solange wir noch da waren, die Entstehung neuer totalitärer Systeme unter anderem Namen zu verhindern. Meiner Ansicht nach durften wir keine Zeit verlieren und nicht zögernd vorgehen.“¹⁵

Selbstverständlich ist mit dem „neuen totalitären System unter anderem Namen“ die in der sowjetischen Besatzungszone sich bereits abzeichnende antifaschistisch-demokratische Ordnung gemeint, die im Interesse des westdeutschen Monopolkapitals durch die vorrangige Bildung einer „demokratischen“, d. h. bürgerlichen Partei für Westdeutschland unbedingt verhindert werden mußte.

Ein bürgerlicher Publizist, Walter Dirks, beurteilte das Verhalten der westlichen Besatzungsmächte in seinem Aufsatz „Die Christliche Demokratie in der deutschen Bundesrepublik“ („Frankfurter Hefte“, 8. Jg. 1953, Heft 9) folgendermaßen:

„Ohne es zu wollen — oder wollten sie es doch? — haben die Alliierten damals einer restaurativen Politik die Geleise gelegt: Sie gaben den Männern der neuen Ideen keine Chancen, und als sie die volle Freizügigkeit endlich gewährten, war der Kurs längst festgelegt.“¹⁶

Die weitere Entwicklung Westdeutschlands zum Bündnispartner der Westalliierten in der NATO zeigt deutlich, daß die Verantwortlichen der westlichen Besatzungsmächte sehr wohl wußten, was sie taten, als sie die für ihre Zwecke richtigen Männer an die richtigen Plätze stellten.

Mit der fortschreitenden Festigung des deutschen Imperialis-

15 L. D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt (Main) 1950, S. 106, zit. nach: Stulz/Thomas, Die CDU in Westdeutschland 1945—1949, in: ZfG. 1/1959, S. 9, Anm. 21.

16 zit. ebenda, Anm. 17.

mus zeigte sich die CDU/CSU, die zumindest in ihren Anfangsprogrammen unter dem Druck der progressiven Kräfte in der Partei Ansätze der Bereitschaft zu einer sozialen Neuordnung erkennen ließ, immer mehr als politischer Willensträger des deutschen und als Sachwalter des amerikanischen Monopolkapitals. Bei dieser engen Bindung handelt es sich um ein „Geschäft auf Gegenseitigkeit“, bei dem allerdings der kapitalistische Grundsatz gilt: „Wer bezahlt, bestimmt den Kurs!“

Wohin dieser Kurs gehen würde, war schon aus der Zusammensetzung der führenden Parteigremien in den einzelnen Regionalorganisationen ersichtlich. Neben dem 1. Vorsitzenden der Partei in der englischen Zone, Dr. Konrad Adenauer, der sich den Besatzungsbehörden durch seine Versippung mit dem deutschen und amerikanischen Monopolkapital und durch seine separatistische Vergangenheit besonders empfahl, stand der Bankier Robert Pferdenges, der „reichste Mann in Deutschland“, wie ihn der „Tagesspiegel“ vom 5. 2. 1947 bezeichnete. Es waren ferner vertreten die ehemaligen faschistischen „Wehrwirtschaftsführer“ Heinrich Kost und Dr. Dinkelbach. Kost war Aufsichtsratsmitglied in zahlreichen Konzernen, der Hauptexponent des Steinkohlenbergbaus im Ruhrgebiet und seit 1947 Generaldirektor der Deutschen Kohlenbergbauleitung. Dr. Dinkelbach, der Direktor des Stahlvereins, fungierte als Treuhändlerverwalter der Eisen und Stahlindustrie in der britischen Besatzungszone.

Als weitere prominente Repräsentanten des Monopolkapitals bei der Gründung der West-CDU seien hier nur noch wenige aufgeführt: Hermann Pünder, ehemals Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei unter Ebert und Hindenburg, Aufsichtsratsmitglied bei mehreren Aktiengesellschaften, wurde im Frühjahr 1948 Direktor des Bizonalen Verwaltungsrates in Frankfurt (Main); Günter Henle, der als Chef des Klöckner-Konzerns an zahlreichen Riesenkonzernen beteiligt war; als Vertreter des Bankkapitals neben Pferdenges der Direktor der Deutschen Bank und zeitweilige Berater des britischen Oberkommandierenden, Hermann Abs, sowie das langjährige Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank, Dr. Robert Lehr, der Nachfolger Heinemanns als Innenminister.

Schon aus dieser kurzen Aufzählung, die durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, ergibt sich der Beweis für die enge personelle Verbindung der CDU/CSU mit dem deutschen Finanzkapital. „Doch besser als diese wenigen Namen“, schreibt selbst ein bürgerlicher Historiker zu dieser illustren Versammlung millionenschwerer CDU/CSU-Mitglieder, „erhellet ein Blick in die politischen Grundsätze der westdeutschen Unternehmerorganisationen“ (einen Teil ihrer prominentesten Vertreter stellen die Genannten dar – d. Vf.) „den Kontakt mit Programmatik und Politik der CDU. Am stärksten ist in der Europa-Politik, aber auch in der mit den Begriffen Eigentum und Familie bezeichneten Innenpolitik das

Einverständnis, sogar ein größeres Maß der Initiative westdeutscher Unternehmer zu erkennen.“¹⁷

Selbstverständlich erwies sich die Mitgliedschaft solcher „ungekrönter Könige des Wirtschaftslebens“ für die Partei als besonders lukrativ. Schon aus ihrer faschistischen Vergangenheit waren sie gewöhnt, die politischen Sachwalter ihrer Interessen zu bezahlen, wie die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ und andere Zuwendungen an die Nazi-Partei bewiesen. Auch jetzt hatten sie bei dem Kurs, den die CDU/CSU aller Voraussicht nach unter ihrem bestimmenden Einfluß einschlagen würde, die sichere Gewähr, daß sich diese „Spenden“ in Form von Staats- und Rüstungsaufträgen, entgegenkommender Steuer- und sonstiger Wirtschaftsgesetzgebung recht gut verzinsen würden.

Daß die klugen Kaufleute sich dabei nicht verrechnet hatten, erwies sich bereits an dem durch die CDU-Fraktion in das westdeutsche Einkommensteuergesetz lancierten § 10b. Dieser Paragraph garantierte einen sofortigen Gewinn, indem er die Möglichkeit gab, Spenden an politische Parteien von der Steuer abzusetzen. Auch als dieser Paragraph nach vierjähriger Dauer endlich fiel, weil er „gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße und mithin verfassungswidrig sei“, brauchten die Spender keine finanzielle Einbuße zu befürchten. Denn „eine nachträgliche Versteuerung der an die Wahlkassen der CDU überwiesenen etwa 100 Millionen Mark werde selbstverständlich nicht erfolgen“, teilte die Bonner Finanzverwaltung den Spendern mit. Damit aber auch weiterhin die CDU/CSU in den Genuß der Spenden und die „Spender“ zu ihrem ausgezeichneten Steuergeschäft kommen können, war auch in dem „Urteil“ des Karlsruher Verwaltungsgerichts das berühmte Hintertürchen offengelassen worden: Es stellte nämlich ausdrücklich fest, daß Spenden für „staatspolitische Zwecke“ von der getroffenen Maßnahme nicht berührt würden. Damit diese Spenden auch weiterhin in die richtigen Hände fließen, entstand aus der Zusammenarbeit der CDU mit dem Bundesverband der Industrie die „Staatsbürgerliche Vereinigung e. V.“, in deren Präsidium u. a. auch Pferdenges seinen Platz hat. Hier dürfte sich jeder weitere Kommentar erübrigen.

Die Herren von Kohle und Stahl waren sich auch darüber im klaren, daß sie die Durchführung von Sozialisierungsmaßnahmen nicht zu befürchten haben, solange die CDU/CSU fest im Sattel sitzt. Mit Augurenleichen konnten sie daher die Begründung der von der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen eingebrachten Anträge auf „Entflechtung des Bergbaus einschließlich der chemischen Großindustrie“, auf „Ände-

17 Schulz, G., Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953 (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 6), Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. 126, zit. nach: Stulz/Thomas, a. a. O., S. 103, Anm. 63.

„Neufassung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ und auf „Planung und Lenkung der Wirtschaft“ vernehmen, die Adenauer mit folgenden Worten begann:

„Unter Kapitalismus verstehen wir eine Erscheinungsform der Wirtschaft, in der der Profit des Kapitals das allein Ausschlaggebende war. Diese Wirtschaftsform ist vorbei. Sie will keiner von uns jemals wiedersehen. Das haben wir laut und deutlich ausgesprochen.“¹⁸

Was hinter diesem so betonten „lauten und deutlichen Aussprechen“ wirklich stand, bewies die Tatsache, daß das 1948 ausgearbeitete Gesetz zur Sozialisierung der eisen- und kohle-schaffenden Industrie im Landtag Nordrhein-Westfalen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion verabschiedet wurde.¹⁹

Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir heute auch die Forderungen des 1947 herausgegebenen „Ahlener Programms“ betrachten: als ein Mittel zur Beschwichtigung der sozial außerordentlich differenzierten breiten Mitgliedschaft, in der die Konzernherren selbstverständlich nur einen geringen Bruchteil bildeten. Daß sie als Elite trotzdem in der Partei den Ton angaben, widersprach nach ihrer Auffassung keineswegs den demokratischen Spielregeln. Trotzdem drangen diejenigen Mitglieder, die unter ganz anderen Voraussetzungen in die Partei eingetreten waren und als deren Sprecher die ehemaligen christlichen Gewerkschafter auftraten, immer stärker auf die Erfüllung der einst gemachten Versprechungen.

Das Ergebnis dieses Druckes war das Ahlener Programm, das in seinen politischen und sozialen Forderungen weit über die bis dahin und auch später aufgestellten Programme einer bürgerlichen Partei hinausging. „Dieses Programm, das bis zum heutigen Tage in keinem Punkte verwirklicht wurde, diente der CDU in den ersten Jahren sowohl gegenüber den linken Kräften innerhalb der Partei als auch gegenüber den breiten Wählermassen lediglich als demagogischer Schleier zur Verhüllung der wahren unsozialen und volksfeindlichen Ziele der Partei. Nachdem das ‚Wirtschaftswunder‘ seine Wirkung getan hatte und das deutsche Monopolkapital, protegiert von seinen überseeischen Verbündeten, zeitweilig seine Position festigen konnte, sagte sich die Führung der CDU auch öffentlich vom Ahlener Programm los.“²⁰

Wie konnte es auch anders sein, da – wie Adenauer in einem Interview mit einem Korrespondenten der „Daily Mail“ heuchlerisch erklärte – „eine Million kleiner Aktieninhaber durch die Sozialisierung ihre kleinen Ersparnisse verlieren würde“, wobei er allerdings „versäumt habe, darüber aufzuklären, daß

18 zit. nach: Stulz/Thomas, a. a. O., S. 109.

19 vgl. ebenda, Anm. 92.

20 Stulz/Thomas, a. a. O., S. 110.

der größte Teil aller Aktien der Schlüsselindustrie in den Tresoren der Pferdenges-Banken lagern“!²¹

Selbstverständlich entspricht die Politik der West-CDU in allen Punkten den auf sie gesetzten Hoffnungen der deutschen Imperialisten. Angefangen von den gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Sektor des Steuer-, Aktien- und Bankenrechts bis zur aggressiven und revanchistischen „Politik der Stärke“, die selbst von den Verbündeten Westdeutschlands – wenigstens teilweise – abgeschrieben wurde, unterstützen und fördern sowohl die Regierung Adenauers als auch die Bundestagsmehrheit der CDU in jeder Weise die monopolistischen Interessen.

Daß eine Steuerpolitik, die einseitig die großen Vermögen und Konzerne begünstigt, vor allem auf Kosten der kleinen Steuerzahler geht, liegt auf der Hand. Die Steuern zur Deckung der auf der Ausgabe-seite des Bonner Haushaltsplans stehenden Lasten, die durch die Rüstungsausgaben und die gegenüber den USA übernommenen Verpflichtungen ins Ungemessene gestiegen sind, müssen aufgebracht werden. Da aber die gesamte Steuergesetzgebung in Westdeutschland trotz aller großen Worte über ihren „sozialen Charakter“ nur darauf hinausläuft, den Konzerngewaltigen und Großaktionären Steuergeschenke von Hunderten Millionen Mark zu machen, muß die Masse der Werktätigen die Hauptlasten tragen. Welcher Vorteil sollte sich beispielsweise für die Arbeiter und kleinen Angestellten, die doch die weitaus größte Mehrzahl der Steuerzahler sind, aus der sogenannten Großen Steuerreform von 1954 ergeben, die den Höchstsatz der Einkommensteuer von 70 auf 55% und den allgemeinen Körperschaftsteuersatz von 60 auf 45% ermäßigte? Ebenso unerfindlich sind die „günstigen“ Auswirkungen, welche die Entwürfe einiger Gesetze zur Änderung steuerlicher Vorschriften, im März 1958 von der Adenauer-Regierung im Bundestag eingebracht, für die kleinen Steuerzahler haben sollen. Weder die Arbeiter noch die kleinen Angestellten sind daran interessiert, daß der Satz der Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne durch diese Änderung von 30 auf 11% herabgesetzt wurde, da sie kaum in die Lage kommen, aus dieser Steuersenkung Nutzen zu ziehen. Auch die den Betrieben gegebene Möglichkeit, durch hohe Abschreibungen für Güter des beweglichen Anlagevermögens die Kosten zu erhöhen und den Ertrag zu senken, dürfte für die Masse des Volkes nur insofern von Interesse sein, als der dadurch entstehende Ausfall am Steueraufkommen doch letzten Endes wieder nur von ihnen in Form indirekter Steuern getragen werden muß.

In welchem Maße die CDU-Bundestagsmehrheit – denn sie ist hierbei ja maßgebend – durch ihre Steuergesetzgebung die Konzentration des Kapitals, d. h. die Monopolbildung auf Kosten der Kleinaktionäre fördert, zeigt die beispiellose Beschleuni-

21 „Der Tagesspiegel“ vom 5. 2. 1947, zit. nach: Stulz/Thomas, a. a. O. S. 108.

gung des Konzentrationsprozesses, die im Jahre 1959 aufgrund des Umwandlungssteuergesetzes vor sich ging. Dieses sogenannte Umwandlungsgesetz eröffnete den Großaktionären die Möglichkeit, alle Kleinaktionäre auszubooten, d. h. deren Aktienbesitz an sich zu bringen. Hier ist es besonders der Flick-Konzern, der neben Mannesmann, Hoesch, Haniel u. a. an der Spitze dieser Konzentrationsbewegung stand.

Aber nicht nur auf dem Wege über die Steuergesetzgebung hilft die CDU als Regierungspartei den Monopolen bei ihrer inneren Expansion. Selbst mit Boykottandrohungen des Staates sollen die Kleinaktionäre den Fusionsbestrebungen der Konzerne gefügig gemacht werden, wie der nachstehende Absatz eines Schreibens des Kriegsministers Strauß beweist, das anlässlich der Hauptversammlung der Bayrischen Motorenwerke AG verlesen wurde:

„... daß mein Ministerium den in Aussicht gestellten Auftrag im Werte von 300 Millionen DM für die Triebwerkbau GmbH nur dann realisieren kann, wenn hinter der Triebwerkbau GmbH ein technisch und finanziell starker Partner steht.“²²

Die Zahl der in den Jahren 1957 bis 1959 vollzogenen Fusionen beläuft sich auf rund 1000, und es ist angesichts dieser Entwicklung nicht verwunderlich, wenn die „Neue Ruhr-Zeitung“ vom 16. 10. 1959 feststellen muß:

„Die Furcht vor der Konzerndiktatur kann nicht mehr als reines Schreckgespenst abgetan werden. Sie ist eine Realität.“²³

Die Reden von der „sozialen Marktwirtschaft“, dem „Wohlstand für alle“ und der „breiten Eigentumsstreuung“, die Adenauers Wirtschaftswunder-Minister Erhard ständig vom Stapel läßt, erscheinen in diesem Zusammenhang in einem besonders eigenartigen Licht.

Ebenso günstig wie die obenerwähnten Steuergesetze wirken sich für die Aktionäre der großen Konzerne zwei andere Gesetze aus, die die Adenauer-CDU 1959 im Bundestag durchdrückte: das „Gesetz über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung“ sowie das „Gesetz über steuerrechtliche Maßnahmen im Falle der Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln“. Aufgrund dieser Gesetze wurden an die Aktionäre von 297 Aktiengesellschaften steuerfreie Gratisaktien mit einem Nominalwert von über 1 Mrd. DM ausgeschüttet. Zu den daraus erwachsenen Dividenden kommt noch das „Geschenk“ von nahezu 500 Millionen DM an erlassenen Steuern. Wahrlich eine echt „demokratische“ Partei, die in so großzügiger Weise für ihre Geldgeber sorgt!

²² Blick durch die Wirtschaft, Frankfurt (Main), Nr. 291 v. 16. 12. 1959, zit. nach: Bericht Nr. 5 des Deutschen Wirtschaftsinstituts Berlin v. März 1960, S. 4.

²³ „Neue Ruhr-Zeitung“, Essen, Nr. 241 v. 17. 10. 1959, zit. ebenda.

Die Außenpolitik der Adenauer-Regierung liegt genau auf der gleichen, für das Monopolkapital so günstigen Linie wie die Innenpolitik.

„Vom ersten Augenblick an stand also für Dr. Adenauer die Schaffung einer Bundesrepublik aus den drei westlichen Besatzungszonen und deren Eingliederung in den Westen im Blickfeld. Von dieser Grundidee her ist ... (seine) gesamte politische Arbeit zu begreifen.“²⁴

Daß die von Dr. Heinemann so charakterisierte Politik der Spaltung Deutschlands genau den Intentionen des Monopolkapitals entsprach, zeigt ein Memorandum des bekannten Kali-Industriellen Arno Rechberg an die Amerikaner vom Oktober 1945. In dem darin entwickelten Plan zur „Rettung der deutschen Wirtschaft“ spricht dieser offen aus, daß eine solche nur durch eine Union zwischen den Westmächten und Deutschland möglich sei. Wie er sich die Verbindung dachte, führte er in einem Brief vom 21. Februar 1946 näher aus. Sein Vorschlag ging dahin, daß die Westmächte 23 bis 30 % des Kapitals aller Aktiengesellschaften in ihrer jeweiligen Zone übernehmen. „Die Beteiligung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs“, so schrieb er wörtlich, „an den deutschen Schlüsselindustrien würde ihnen die Kontrolle über diese Industrien verschaffen. Amerikanisch-britisch-französische Durchdringung und ihre Verschmelzung mit deutscher Industrie soll dadurch garantiert werden, daß sie ihre militärischen Interessen kombinieren.“²⁵ Wie ersichtlich, sind hier bereits die Hauptgedanken der Montan-Union wie der NATO durch einen profilierten Vertreter des Monopolkapitals ausgesprochen, ohne daß er allerdings damals schon wagen konnte, für Westdeutschland die Führungsrolle in Anspruch zu nehmen.

Diese „Integration Europas“, als deren Vorstufe die 1953 gebildete Montan-Union gedacht war, ist ein typisches Merkmal des westdeutschen imperialistischen Expansionsdranges, der vordem im Faschismus seine Höchstform erreicht hatte und zur Zeit im westdeutschen Neokolonialismus seine zweite Wiederbelebung erfährt, nachdem die Montan-Union die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht in dem gewünschten Umfange erfüllte. Einige „Europäer“ zogen es ja bekanntlich vor, dem von Westdeutschland beherrschten „Gemeinsamen Markt“ fernzubleiben und eine eigene Wirtschaftsorganisation zu bilden. Selbstverständlich hatte sich auch im Falle der Montan-Union die Interessengemeinschaft CDU/Konzerne ausgewirkt; der heutige westdeutsche Finanzminister Etzel wurde von den westdeutschen Konzernen damals als Vizepräsident in diese supranationale Monopolvereinigung entsandt.

²⁴ G. Heinemann, Was Dr. Adenauer vergißt, in: „Frankfurter Hefte“, 11. Jg. (1956), H. 7, S. 457.

²⁵ zit. nach: Kai Moltke, Krämer des Krieges, Berlin 1953, S. 340, bei Stulz/Thomas, a. a. O., S. 115.

Zusammenfassend kann zu dem bisherigen Wirken der West-CDU gesagt werden, daß sie ihre Aufgabe im Dienste des deutschen Imperialismus recht gut erfüllt hat, so daß hier mit Fug und Recht von einer nahezu unbeschränkten Herrschaft der Finanzoligarchie über Westdeutschland gesprochen werden kann. Unter diesem Vorzeichen hat sich der westdeutsche Separatstaat immer mehr zu einem klerikal-faschistischen Obrigkeitsstaat entwickelt, in dem der voll ausgebildete Terror, wie er in der Notstandsgesetzgebung des Bonner Innenministers Schröder vorbereitet wird, nur im Hinblick auf die im September 1961 bevorstehende Bundestagswahl noch notdürftig im Zaume gehalten wird. Die so hoch gepriesene „Demokratie“ und „Freiheit“ bilden lediglich das demagogische Mäntelchen, hinter dem der wiedererstandene deutsche Imperialismus heute wie früher seine schmutzigen Geschäfte ungestört betreiben will.

Worin besteht in einem Staat, der alle für Frieden und Verständigung eintretenden Bürger als „kommunistisch“ abstempelt, sie verfolgt und terrorisiert, die Freiheit? Ist unter „Demokratie“ wirklich nur die Möglichkeit zu verstehen, in jedem vierten Jahre unter den Listen der verschiedenen Parteien eine auszuwählen und so „Volksvertreter“ in das Parlament zu entsenden, die – wie die Zusammensetzung des derzeitigen Bundestages eindeutig beweist – Interessenvertreter des volksfeindlichen, antinationalen Monopolkapitals sind?

Demokratie, d. h. Volksherrschaft, kann nur dort gegeben sein, wo der Staat nicht von den Profitinteressen einer Handvoll Konzernherren gelenkt wird, sondern wo das Wohl des ganzen Volkes Richtschnur des Handelns ist. Daß die Bundesrepublik ein Eldorado der Monopole ist, ist unbestreitbar; in welchem Umfange aber ist die große Masse des werktätigen Volkes, sind die Arbeiter und kleinen Angestellten an dem „Wirtschaftswunder“ beteiligt?

5. Die Lage der werktätigen Bevölkerung

Es liegt in der Natur der Sache, daß bei einer verhältnismäßig langen Periode der Konjunktur, wie sie in Westdeutschland zu verzeichnen war und z. T. noch anhält, auch die Arbeiter bis zu einem gewissen Grade eine Besserung ihrer Lage erreichen können, ohne daß dadurch die allgemeingültige Gesetzmäßigkeit der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse im Kapitalismus eingeschränkt oder gar außer Kraft gesetzt wäre. Vor allem muß dabei festgehalten werden, daß diese relative Verbesserung niemals Ausfluß des guten Willens der Kapitalistenklasse, sondern immer Ergebnis und Erfolg des Klassenkampfes war und ist. Diese für den Kapitalismus im allgemeinen geltende Regel erhält ein besonderes Gewicht in der Epoche des staatsmonopolistischen, parasitären Stadiums des Kapitalismus, im

Imperialismus, der zur Erraffung des maximalen Monopolprofits den Ausbeutungsgrad immer steigern muß.

Diese Gegebenheiten treffen in vollem Umfange auch für die werktätigen Schichten in Westdeutschland zu. An den auftretenden Krisenerscheinungen wird die Arbeiterklasse stets sofort und unmittelbar durch Arbeitszeiteinschränkungen, Lohn- und Preisdruck usw. beteiligt, wie die Kohlenkrise und die Krise in der Textilindustrie vor wenigen Jahren zeigten. Dagegen besteht in Zeiten der Hochkonjunktur in den Kreisen der Unternehmer keineswegs die Neigung, die Arbeiterklasse in erhöhtem Maße d. h. über den jeweiligen Tageswert der Ware Arbeitskraft hinaus, an dem von ihr erzeugten Mehrwert partizipieren zu lassen. So schrieb z. B. die großbürgerliche „Welt“ am 15. März 1958, nachdem in dem betreffenden Artikel zunächst festgestellt worden war, daß

„die Unternehmungen der Stahlindustrie ihre günstige Gewinnlage nicht verheimlichen können“²⁶,

im gleichen Atemzug weiter:

„Aber wenn die Gewerkschaften nun noch weitergehen und ihre Löhne nur nach der Gewinnlage ihres Betriebes aushandeln wollen, wenn sie eine gewisse wirtschaftliche Machtstellung, die sie besitzen, derart rücksichtslos ausnutzen wollen, dann begeben sie sich in gefährliche Nähe der Monopolkapitalisten. Jedenfalls wäre diese Gesinnung mehr kapitalistisch als sozialistisch.“²⁷

Das heißt also, die Arbeiter sollen „sozialistisch“ – wie es die Vertreter des Imperialismus verstehen – handeln, sollen „Gemeinnutz“ vor „Eigennutz“ gehen lassen, damit die Kapitalisten sie um so besser ausbeuten können – ein fürwahr mehr als seltsames Verlangen!

Ein von den Kapitalisten mit Vorliebe angewandtes Gegenargument auf die Forderungen der Arbeiterklasse ist auch die angeblich absatzhemmende, weil preissteigernde Wirkung von Lohnerhöhungen. Dahinter versteckt sich dann natürlich die Drohung mit der Betriebseinschränkung und daraus folgender Arbeitslosigkeit. Hierzu ließ sich der Präsident des „Bundesverbandes der Arbeitgeber-Verbände“, Paulsen – der interessanterweise auch in der obenerwähnten „Staatsbürgerlichen Vereinigung e. V.“ sitzt²⁸ –, am 6. 7. 1960 folgendermaßen vernehmen:

„Schon jetzt müssen wir der Befürchtung Ausdruck geben, daß die Erhöhung der Sozialkosten in den Betrieben durch Lohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzungen und andere Vorgänge die Gefahr von Preissteigerungen im Herbst dieses Jahres heraufbeschwört.“²⁹

26 zit. nach: Bericht Nr. 8 des Deutschen Wirtschaftsinstituts Berlin vom April 1958, S. 3.

27 ebenda.

28 vgl. S. 19.

29 „Die Welt“, Hamburg—Westberlin, v. 7. 8. 1960, nach: Bericht Nr. 15 DWI vom August 1960, S. 10.

Demgegenüber können selbst bürgerliche Ökonomen die demagogische Behauptung, die Löhne seien ein preissteigernder Faktor, nicht mehr vertreten. Das wurde sowohl in dem sogenannten „Blessing-Gutachten“ der Bundesbank, das als Grundlage eines von den Unternehmerverbänden und der Bonner Regierung angestrebten Lohnstops dienen sollte, als auch in amerikanischen Veröffentlichungen festgestellt. „Canadian Business“ beispielsweise, die Zeitschrift der kanadischen Handelskammer, ließ die Katze aus dem Sack, wenn sie in ihrer Ausgabe vom November 1959 schrieb:

„Es gibt keine logische Beziehung zwischen Kosten und Preisen. . . Die Nachfrage setzt manchmal eine obere Grenze für einen Preis, während die Kosten manchmal eine untere Grenze setzen. Zwischen oberer und unterer Grenze kann ein großer Spielraum sein. . . Ein grundlegendes Prinzip darf nicht vergessen werden, das ist: so viel zu erzielen, wie man kann.“³⁰ (Hervorhebung von mir - d. Vf.)

Die Erkenntnis, daß eine preissteigernde Auswirkung von Lohnerhöhungen durchaus keine „objektive Gesetzmäßigkeit“ ist - insofern als die Löhne nämlich auch auf Kosten des Profits erhöht werden können -, liegt dem kapitalistischen, vom ausschließlichen Profitstreben begrenzten Denken so weit entfernt, daß eine solche Lösung überhaupt nicht in Erwägung gezogen wird, obwohl deren umsatzfördernde Wirkung - durch die Erhöhung der Massenkaufkraft - auf der Hand liegt.

Um die Mitte des Jahres 1960 ergaben sich durch den faktischen Fortfall der Arbeitslosigkeit als beherrschender Massenerscheinung günstige Voraussetzungen für den Kampf der Arbeiterklasse um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in Westdeutschland. Daraus ergibt sich, daß auch heute noch bestimmte Teile der Arbeiterschaft einen relativ hohen Lebensstandard haben. Trotzdem ist die Arbeiterklasse - als Ganzes gesehen - diejenige, die jeweils die Folgen des Abbaus des „Wirtschaftswunder“ am ersten zu spüren bekommt. An sie, nicht an die Aktionäre der Monopole - deren Kursgewinne in einem Jahr, nebenbei bemerkt, die Kleinigkeit von 80 Milliarden (!) Mark ausmachten -, richten sich die Aufforderungen der Adenauer-Regierung, die Notwendigkeit der Konsumeinschränkung einzusehen. Sie wird von den antisozialen Bestimmungen der Blankschen Krankenkassenreform, von den Preissteigerungen bei den notwendigen Konsumgütern, von den Mieterhöhungen usw., d. h. also von den Folgen der Aufrüstung, unmittelbar und besonders schwer getroffen.

Aber auch in den Kreisen des nichtmonopolistischen Bürgertums und der Kleinbürger wächst die soziale Unsicherheit ständig an, da ihre Existenz durch den Ausbau der Warenhaus- u. a. Konzerne ebenso bedroht ist wie etwa das kleine und mitt-

³⁰ zit. ebenda.

lere Bauerntum durch die kapitalistische Großraumwirtschaft des „Grünen Plans“.

Es ist zwar der Arbeiterschaft mehrfach gelungen, durch Streiks usw. absolute Lohnerhöhungen durchzusetzen. Doch darf dabei nicht übersehen werden, daß diese Erhöhungen des Nominallohnes größtenteils durch die Preissteigerungen kompensiert und damit illusorisch gemacht werden, so daß der Reallohn, d. h. die Kaufkraft allgemein eine sinkende Tendenz aufweist.

Um diese Diskrepanz zwischen den überhöhten Gewinnen der Mammutkonzerne einerseits und der allgemeinen Lage der Werktätigen andererseits zu überdecken, erfand die CDU auf ihrem Hamburger Parteitag 1957 das Märchen vom „Wohlstand für alle“. Zweck dieser modernen Legendenbildung war es, die Arbeiter glauben zu machen, daß sie durch den Erwerb von Volksaktien Miteigentümer ihres Betriebes würden, damit ein betriebliches Mitbestimmungsrecht gewinnen und dadurch die Klassengegensätze verwischt würden, da sie ja nun selbst „Volkskapitalisten“ seien. Offen wurde als Ziel dieses „Volkskapitalismus“ angegeben, daß er ein Mittel sein solle, die Arbeiterklasse eng mit der bestehenden Gesellschaftsordnung zu verbinden und so den Klassenkampf auszuschalten. Großspurig verkündete der Bonner Wirtschaftsminister Erhard:

„Wir stehen somit an einem neuen Anfang, der zugleich das Ende eines jahrzehntelangen Klassenkampfes bedeutet, der Kapital und Arbeit feindlich zu zerspalten bemüht war.“³¹

Die Reaktion der Arbeiter war allerdings trotz dieser „günstigen Möglichkeiten, in die Klasse der Kapitalisten aufzusteigen“, eine für die Initiatoren dieser „genialen“ Idee durchaus unerwünschte. Das zeigte sich bereits bei der Privatisierung der „Preußag“, bei der mit der „Versilberung des Bundesvermögens“, wie es der damalige Bundesschatzmeister Lindrath einmal nannte, der Anfang gemacht wurde. Nur 0,8% der insgesamt gezeichneten rund 100 Millionen Mark Preußag-Kleinaktien entfielen auf die Belegschaftsangehörigen der Preußag, wobei selbstverständlich die Angestellten noch den Löwenanteil haben.

„Die durch die Aktion unmittelbar Angesprochenen sind demnach von ihr nicht begeistert“,

schrrieb die „Welt der Arbeit“ am 8. Mai 1959.³²

Interessant ist dabei allerdings die Erscheinung, daß 27% der verkauften Preußag-Kleinaktien von Frauen erworben wurden gegenüber nur 5% als Gesamtanteil der Arbeiterschaft in Westdeutschland. Wie der Bericht Nr. 12 des DWI feststellt,

³¹ zit. nach: Bericht Nr. 12 des DWI (Juni 1959), S. 1.

³² zit. nach: Bericht Nr. 12 des Deutschen Wirtschaftsinstituts vom Juni 1959, S. 1.

wurde bei diesen Käufen durch Frauen zudem fast immer die Höchstsumme von 500 DM als Durchschnitt pro Kopf erreicht. „Diese sonderbare Erscheinung findet ihre Erklärung in den Zeichnungsbedingungen der ‚Volksaktie‘. Die Frau eines westdeutschen Großaktionärs oder eines hochdotierten Konzern- oder Staatsangestellten ist nach diesen Bedingungen genauso berechtigt, ‚Volksaktien‘ zu kaufen, wie ihre Hausangestellten, wenn sie nicht mehr als 16 000 DM eigenes Einkommen beziehen.“³³ Woher sollten auch die Arbeiter und Angestellten, die – nach dem Bericht der Teilzahlungsbanken für 1958 – 87 % aller Teilzahlungskreditnehmer darstellen, die Mittel zum Kauf von Volksaktien nehmen, wenn sie gezwungen waren, zur Beschaffung von Bekleidung, Textilien, Möbeln und notwendigen hauswirtschaftlichen Geräten zu Abzahlungsgeschäften zu greifen?

Da aber die Volksaktien-Aktion beim Volkswagenwerk, das in der Mehrzahl verhältnismäßig gut bezahlte Facharbeiter beschäftigt, unter ähnlichen ungünstigen Vorzeichen anlief, dürfte beides wohl als ein Ausdruck der in der westdeutschen Arbeiterschaft wachsenden Erkenntnis zu werten sein, daß mit der Privatisierung des industriellen Bundesbesitzes noch ein weiteres Ziel verfolgt wird: Um den Verbrauch der Werkstätigen zugunsten der Militarisierung der Bundesrepublik zu beschränken und da anscheinend die Regierung wenig Hoffnung auf einen Erfolg der so beweglich vorgebrachten Appelle in dieser Richtung setzt, soll auf diese Weise eine Art „Zwangssparen“ erreicht werden.

Daneben wird selbstverständlich auch der größte Teil der durch den Verkauf der Volksaktien einkommenden Mittel in den unersättlichen Rachen des Molochs Aufrüstung geworfen. Das sieht in den Plänen der Bonner Regierung so aus, daß zwei Fünftel des Aktienkapitals, das 600 Millionen Mark beträgt (bei einem geschätzten Wert des Volkswagenwertes von etwa 1,5 Milliarden), bei der Bundesregierung und dem Lande Niedersachsen verbleiben, die restlichen drei Fünftel aber als Volksaktien verkauft werden. Dadurch erhofft die Bonner Regierung eine zusätzliche Einnahme von etwa 1 Milliarde Mark. Der Verkaufserlös des Volkswagenwerkes soll der Bonner Regierung als Darlehen für die Aufrüstung auf die Dauer von 20 Jahren verbleiben.

Wie allen Maßnahmen im Bonner Staat, dient also letzten Endes auch die mit so großen Worten angekündigte „Volksaktie“ keinem anderen Zweck als der Aufrüstung und der Festigung der Macht der Monopole. Hier sind es besonders die Monopolbanken und – über die Finanzoligarchie – selbstverständlich auch die Konzerne, die sich weiterhin die Verfügungsgewalt über das Bundeseigentum erhalten wollen, und zwar mit Hilfe des Depotstimmrechts. Ein Kleinaktionär der Preußag hat dies

³³ ebenda.

auf der zweiten Hauptversammlung der Preußag seit der Privatisierung treffend zum Ausdruck gebracht, als er sagte, daß, wenn die anwesenden tausend Kleinaktionäre die Versammlung verließen und nur die Vertreter der drei Monopolbanken zurückblieben, die Versammlung trotzdem beschlußfähig bleibe. Daß durch die Depotgebühren den Banken noch eine nicht zu verachtende zusätzliche Einnahme erwächst, sei hier nur noch am Rande erwähnt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß trotz aller schönen Redereien vom „Wohlstand für alle“, von „breiter Eigentumsstreuung“ und von „Sozialpartnerschaft“ weder von einem Miteigentum noch gar von einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben die Rede sein kann. Nach wie vor bestimmt der Eigentümer der Produktionsmittel Art und Umfang der Produktion, und kein kapitalistischer Betrieb läßt sich hier durch die Vertreter der Arbeiterschaft in den Betrieben hineinreden. Welcher Arbeiter würde z. B. auch der Aufnahme der Rüstungsproduktion zustimmen, wenn er irgendwelchen Einfluß auf das Betriebsgeschehen hätte!

Wenn auch nicht von dem vorgegebenen Charakter, so doch von der eigentlichen Zielsetzung her liegt ein Vergleich der Volksaktien-Aktion mit der Tätigkeit der Sozialisierungskommission in der Weimarer Republik nahe. So wie damals reformistische Gewerkschaftsführer vom Schlage eines Ernst Legien und Konzernherren wie Stinnes an einem Tisch berieten, wie man der Sozialisierung wirksam entgegenarbeiten könne, ohne die Arbeiter offen zu vergrämen, so versuchen heute CDU und SPD der Arbeiterklasse vorzuspiegeln, mit Hilfe der „Volksaktien“ seien die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit zu überwinden; zwischen dem zum Kapitalisten werdenden Arbeiter und dem „arbeitenden“ Kapitalisten bestünden keinerlei Klassengegensätze mehr. Damit sei der Klassenkampf gegenstandslos geworden und der Marxismus-Leninismus für Westdeutschland ein überwundener Standpunkt.

Zu einem großen Teile hat die Arbeiterklasse diese Winkelzüge bereits durchschaut. Ihre Klarheit wird wachsen, je enger der Kontakt mit der Arbeiterklasse in unserem Teile Deutschlands wird, wo die Werkstätigen auch ohne „Kapitalbeteiligung“ die wahren Herren ihrer Betriebe und ihres Staates sind.

6. Der westdeutsche Imperialismus als Kriegstreiber Nr. 1

Es ist nicht möglich, in unserem engbegrenzten Rahmen alle jene Erscheinungen des westdeutschen Imperialismus aufzuzählen und eingehend zu untersuchen, die ihn zum größten Störfrieden in Europa machen. An einer Seite aber darf nicht vorbeigegangen werden, wenn man seine Gefährlichkeit recht erkennen will: das ist sein militanter und aggressiver Charakter.

Er bot den Boden für die Remilitarisierung Westdeutschlands, so wie auch in der Vergangenheit Imperialismus und Militarismus gerade in Deutschland besonders eng liiert waren. In der Gegenwart aber kommt noch der besonders von den CDU-Ministern liebevoll gepflegte Revanchismus hinzu.

Es ist deshalb falsch, wenn auch heute noch von manchem die Ansicht vertreten wird, daß auch in Westdeutschland niemand einen Krieg wolle. Das trifft zwar auf die breiten Massen der Bevölkerung zu, die in Westdeutschland den Krieg genauso ablehnen wie die friedliebenden Völker auf der ganzen Welt. Das trifft aber nicht zu auf die Kreise um Strauß und Adenauer und auf ihre Hintermänner, und bekanntlich bestimmt ja in Westdeutschland nicht das Volk den Kurs der Politik.

„In der CDU/CSU-Fraktion“, so sagte einer, der es wissen muß, nämlich der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Nellen, „herrscht eine Mehrheit, hinter der machvolle Gruppen stehen und der sich die ganze Fraktion unterwirft. Ideologie und Interessen dieser Mehrheit führen mit großer Wahrscheinlichkeit zu der Konsequenz: Bundeskanzler Strauß. Bleibt die triviale, aber fast sichere Aussicht: ‚Wer im September Adenauer und die CDU wählt, wählt ... Strauß.‘“³⁴ Allerdings ist die von Nellen vorgeschlagene Alternative, die SPD zu wählen, ebenfalls kein Ausweg, da inzwischen sich auch die SPD für NATO, Revanchepolitik und atomare Aufrüstung entschieden hat.

Die Gruppen, die hinter jener CDU-Mehrheit im Bundestag stehen, sind die gleichen Imperialisten, die in zwei blutigen Weltkriegen entscheidend geschlagen wurden. Trotzdem versuchen sie erneut, ihren geschichtlich abwärts rollenden Wagen aufzuhalten und, wenn möglich, ihn wieder in die Höhe zu schaffen. Die Apologeten des westdeutschen Imperialismus leugnen die Gesetzmäßigkeiten, die trotz seiner beide Mal gegebenen anfänglichen militärischen Überlegenheit zu seiner Niederlage führen mußten. Sie verschließen die Augen vor der Erkenntnis, daß die Schüsse der „Aurora“ im November 1917 für ihn ein „Mene tekel upharsin“ bedeuteten.

Der Kapitalismus hatte seine historische Mission schon längst erfüllt. Er hatte einst die gesellschaftlichen Triebkräfte, die Produktivkräfte, zur vollen Entfaltung gebracht und zugleich den Stand herausgebildet, der bestimmt ist, ihn abzulösen: die Arbeiterklasse. Er ist reif geworden zum Abtreten, da er zum Hemmnis für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte und damit der Gesellschaft wurde. Es ist das Verhängnis der Leute mit der „unbewältigten Vergangenheit“, daß sie diese Entwicklung nicht erkennen wollen. Es ist ihr Verbrechen, daß sie deren Gesetzmäßigkeit leugnen und – um den unvermeidlichen Unter-

³⁴ Heinrich, Strauß ante portas!? in: „Neues Deutschland“ vom 18. 4. 1961, S. 2.

gang des Imperialismus aufzuhalten – bereit sind, die Erde der atomaren Vernichtung preiszugeben

Mit den Mitteln pseudowissenschaftlicher Darstellung der Vergangenheit versuchen die Ideologen des Imperialismus den Nachweis zu erbringen, daß in beiden Weltkriegen sehr vordergründige Ursachen die Niederlage Deutschlands zur Folge hatten. Wurde in der Zeit der Weimarer Republik und der faschistischen Diktatur die „Dolchstoßlegende“ erfunden und propagandistisch ausgewertet, so gibt es in der gegenwärtigen Etappe der psychologischen Kriegführung die verschiedensten Versionen in der Darstellung der Ursachen für die Niederlage des faschistischen Deutschlands im zweiten Weltkrieg. Während die einen in der dilettantischen Führung des Feldzuges gegen die Sowjetunion durch Hitler den Grund der Niederlage sehen – das ist besonders das Anliegen der memoirenschreibenden Offiziere und Generäle –³⁵, geben andere „Zufälligkeiten“, die sich der menschlichen Berechnung und Planung entzogen, als Begründung für den Fehlschlag an.

Eines aber ist allen diesen zweifelhaften Erzeugnissen gemeinsam: das Leugnen der Gesetzmäßigkeit in diesen beiden Niederlagen des deutschen Imperialismus. Gemeinsam ist ihnen allen der Versuch, die eigentlichen Verantwortlichen für beide Weltkriege, den aggressiven deutschen Imperialismus und Militarismus, freizusprechen, um deren Befähigung für die beanspruchte Führungsrolle in einem „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ nachzuweisen. Ausgeklammert wird dagegen bei allen Vertretern der imperialistischen Ideologie – entsprechend der von ihnen vertretenen These von der Geschichtslosigkeit der Massen – die entscheidende Rolle der Volksmassen bei der Niederringung der faschistischen Aggression.

Alle diese Fürsprecher und Verteidiger einer untergehenden Gesellschaftsordnung offenbaren aber damit ungewollt die Einfallslösigkeit des Imperialismus, da ihr einziges Bestreben dahin geht, mit den gleichen Mitteln und Methoden, lediglich mit einer anderen Kräftekombination, das gleiche Experiment zu wiederholen, um die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs zu revidieren.

³⁵ Zu einem am 13. Dezember 1955 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ unter dem Titel „Verlorene Siege“ veröffentlichten Artikel schrieb der ehemalige General der Hitler-Wehrmacht Ludwig von Hammerstein an die Redaktion der „FAZ“: „Die Heerführer des zweiten Weltkrieges, die in der Mehrzahl keine Nationalsozialisten waren, trugen aufgrund ihrer umfassenden Kenntnis der Lage, ihrer Erziehung und ihrer Stellung für das Schicksal ihres Volkes eine sehr schwere Verantwortung, die sie nicht auf Hitler abwälzen können. Deshalb sollte man keinen Heerführer-Mythos erfinden, um ausge-rechnet den Aufbau der neuen Wehrmacht zu sichern.“

In Ergänzung dazu führt Kunrat von Hammerstein weiter aus: „Wie die Dolchstoß-Legende nach dem vorigen Krieg, benützt man jetzt den Feldmarschall-Mythos, um die wirklichen Gründe unserer Niederlage zu verschleiern, aber auf Unehrllichkeit, Heuchelei und Lüge ist keine deutsche Zukunft von Bestand zu bauen.“

(zit. nach: „Frankfurter Hefte“, Jahrgang 1956, Heft 7.)

In seiner Rede zur Eröffnung der ersten sozialistischen Militärakademie Deutschlands hat Walter Ulbricht die Gesetzmäßigkeit der Niederlagen des deutschen Imperialismus in zwei Weltkriegen nachgewiesen. Sie liegt darin begründet, daß

1. der deutsche Imperialismus die reaktionärsten Kräfte der Gesellschaft verkörperte, die abenteuerlichsten Kriegsziele verfolgte und den Stoßtrupp des gesamten imperialistischen Lagers gegen die Sowjetunion darstellte;
2. er die am meisten antihumanistischen Ziele vertrat, die Unterdrückung und Ausrottung von ganzen Völkern auf sein Programm geschrieben hatte und dem eigenen Volke ungeheure Opfer auferlegte;
3. er aufgrund der völligen Verkennung des realen Kräfteverhältnisses seine politischen, wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten gewaltig überschätzte und somit in einen antagonistischen Widerspruch zu seinen Weltherrschaftsplänen geriet.³⁶

Diese Erkenntnisse geben uns die Gewißheit, daß der Sieg des Neuen, Lebenskräftigen über das alte, absterbende System, des Fortschritts über die Reaktion, eine Gesetzmäßigkeit ist, die dem Wesen der historischen Entwicklung entspricht und sich in allen bisherigen Gesellschaftsordnungen, die ja durchweg Ausbeuterordnungen waren, widerspiegelt. Darin zeigt sich zugleich „die absolute Perspektivlosigkeit aller Spekulationen der deutschen Revanchisten, ihre alten, in zwei Weltkriegen kläglich gescheiterten Eroberungsziele unter neuen diplomatischen Kombinationen, unter neuen militärstrategischen Aspekten, unter neuen ideologischen Tarnungen und unter neuen politischen Losungen beim dritten Male doch noch verwirklichen zu können“.³⁷

In der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus wurde nicht nur der deutsche, sondern auch der Weltimperialismus immer mehr zurückgedrängt. Das Kräfteverhältnis in der Welt hat sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieges mehr und mehr zugunsten des sozialistischen Weltsystems verändert. Der Zusammenbruch des Kolonialsystems raubte dem Imperialismus eine seiner wichtigsten Stützen. Alle Versuche der deutschen und amerikanischen Imperialisten, mit den Methoden des Neokolonialismus aus dem Zusammenbruch der Kolonialreiche für sich zu retten, was irgend zu retten ist, können diese Entwicklung nicht aufhalten. Selbst im Lager des Imperialismus wachsen die Friedenskräfte ständig an. In Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik ist auf deutschem Boden der erste von allen fortschrittlichen Kräften unter

³⁶ vgl. W. Ulbricht, Die Unvermeidlichkeit der Niederlagen des deutschen Imperialismus in zwei Weltkriegen und die Lehren daraus, in: Einheit, Heft 3/1959, S. 361.

³⁷ Referat von Prof. Dr. Leo Stern auf der Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR im Dezember 1959 in Berlin.

der Führung der Arbeiterklasse gelenkte und getragene Friedensstaat in der deutschen Geschichte erwachsen.

Welche Hoffnungen können also die deutschen Imperialisten hegen, unter so zu ihren Ungunsten veränderten Vorzeichen das zu erreichen, was ihnen mißlang, als ihre Aggressivität sich auf das ökonomische und z. T. auch militärische Potential fast ganz Europas stützen konnte?

Auf dem Kölner Parteitag der Adenauer-CDU wurde das Wahlprogramm dieser Partei für die Bundestagswahl am 17. September 1961 verkündet. Die Hauptsprecher auf diesem Parteitag waren schon allein ein Programm:

der „starke Mann“ der Adenauer-Regierung, Franz-Josef Strauß, dem selbst die Westpresse bescheinigte, daß er die lauteste und längste Rede auf diesem Parteitag gehalten habe;

der Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier, dem als getreuen Gefolgsmann seines „Führers“ die Integration Europas weitaus wichtiger erscheint als die Wiedervereinigung Deutschlands;

der ehemalige SA-Mann Schröder, der mit Notstandsgesetzen nach faschistischem Muster das Zusammenkommen der Deutschen beiderseits der von seinesgleichen verschuldeten unnatürlichen Grenze verhindern will.

Wie wenig stichhaltig die Begründung der militanten Politik Westdeutschlands ist, die Bundesrepublik müsse sich durch eine forcierte Aufrüstung gegen einen „Angriff aus dem Osten schützen“, vor allem „durch die totale Integration auf dem atomaren Bereich“, wie es Herr Schwarz von Liebermann als „ganz logisch und konsequent unabdingbar“ erklärte, zeigen die wiederholten Verständigungsvorschläge unserer Regierung. Wo liegt in dem Vorschlag eines zehnjährigen „Gottesfriedens“, in dem Angebot einer Konföderation der beiden effektiv bestehenden deutschen Staaten als einer, der gegenwärtigen historischen Situation angepaßten Form der Koexistenz eine „Bedrohung“ der Bundesrepublik?

Es war Dr. Konrad Adenauer, der in dem sogenannten „Sicherheitsmemorandum“ den Westmächten westdeutsche Soldaten zur Verwendung in einem eventuellen Krieg gegen die Sowjetunion zur Verfügung stellte.³⁸ Die Regierung der Bundesrepublik ist es, die von der „Befreiung der Ostzone“ und

³⁸ Dr. Heinemann, damals noch Bundesinnenminister, schildert in seinem Artikel „Was Dr. Adenauer vergißt“ („Frankfurter Hefte“, 11. Jg. 1956, Heft 7, S. 462) den Vorgang: „Im August 1950 kam es zum offenen Konflikt. In der Kabinettsitzung vom 31. 8. sollte zu Fragen der Sicherheit der Bundesrepublik Stellung genommen werden. Aber schon am Vortag übergab Dr. Adenauer dem amerikanischen Hochkommissar McCloy das sog. Sicherheitsmemorandum, in dem er ohne Zustimmung des Kabinetts westdeutsche Soldaten gegen die vierte Besatzungsmacht anbot.“

von der „Wiedereroberung der verlorenen Gebiete in Ostdeutschland“ spricht. Sie gefährdet durch die von ihr erhobenen territorialen Forderungen den Frieden der Welt. Sie stellt den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion die Forderungen auf atomare Bewaffnung der Bundeswehr im Rahmen der NATO entgegen.

Schlußbetrachtung

„Quo vadis?“ – Wohin gehst du, Westdeutschland? – Die gesamte Politik der Adenauer-CDU, im Dienste des in Westdeutschland wiedererstandenen deutschen Imperialismus betrieben und unter Mißbrauch unseres Glaubens fälschlich als „christlich“ ausgegeben, muß den Bürger der Bundesrepublik zu dieser Frage zwingen. Wenn er am 17. September 1961 zur Wahlurne geht, so muß er sich darüber klar sein, daß er damit die einzige Entscheidung trifft, die ihm im Rahmen der Bonner „Musterdemokratie“ übriggeblieben ist: die Entscheidung über den weiteren Kurs der Bonner Politik.

Adenauer, und damit Strauß – das ist die eine der beiden Alternativen. Sie kann – und so will es der starke Mann in der jetzigen Adenauer-Regierung – den Weg in die atomare Vernichtung Deutschlands und Europas bedeuten, wenn nicht die Völker des sozialistischen Weltsystems ihre geballte Kraft dagegen setzen.

Der zweite Weg ist der, der über einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten und eine Konföderation zur nationalen Wiedervereinigung führt. Er allein gewährleistet das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, das von Adenauer und seiner Clique so oft mißbräuchlich im Munde geführt wird. Das Memorandum, das von dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow dem amerikanischen Präsidenten Kennedy bei ihrem Treffen in Wien überreicht wurde, bietet hierfür die geeignete Grundlage, da es den beiden deutschen Staaten noch einmal die Möglichkeit offenläßt, zu einer Verständigung über die Frage der Friedensregelung und über die Wiedervereinigung zu kommen.

Wir alle müssen uns darüber klar sein, daß hier die tiefsten Lebensfragen unseres Volkes berührt werden, daß auch diejenigen, die den Bonner und Westberliner Menschenhändlern auf den Leim gingen und damit Verrat an der gerechten und humanistischen Sache unserer Nation und an dem ersten und einzigen deutschen Friedensstaat übten, dieser Entscheidung nicht ausweichen können. Viele, die von der anscheinend so glänzenden Fassade Westdeutschlands geblendet worden waren, sind inzwischen in unsere Republik zurückgekehrt, weil sie durch den Blick hinter die Kulissen des Wirtschaftswunders belehrt wurden, wohin der Weg der Bundesrepublik ging. Andere

haben den Weg in den Freitod gewählt, weil sie sich schämten, ihren Irrtum durch ihre Rückkehr einzugestehen. Alle aber, die unserer Republik den Rücken kehren, müssen wissen, daß der Republikverrat einen **v e r g e b l i c h e n** Versuch des Ausweichens vor der gesetzmäßigen gesellschaftlichen Entwicklung darstellt. Sie müssen erkennen, daß sie damit die Sache des Friedens und der Wahrheit verrietten, daß sie aber auch den Freunden in Westdeutschland in den Rücken fielen, die mutig im Kampf um die Verständigung ihren Mann stehen – ungeachtet aller persönlichen Diffamierungen und Boykotte.

Männer und Frauen wie D. Martin Niemöller, Prof. Dr. Renate Riemeck und viele andere bieten aus ihrer wahrhaft christlichen Grundhaltung heraus dem verderblichen Wirken der Pseudochristen ein Paroli. Der Wille der großen Mehrheit unseres Volkes, einst wieder zueinanderzufinden, ist ungebrochen. Sorgen wir alle an unserem Platze dafür, daß der Weg, auf dem dieses Wollen einst seine Verwirklichung finden wird, ein friedlicher sei – frei von „Krieg und Kriegsgeschrei“!